



Ausschuß für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie

46. Sitzung (nichtöffentlicher Teil)*)

22. September 1999

Düsseldorf - Haus des Landtags

11.00 Uhr bis 12.10 Uhr und
12.35 Uhr bis 13.10 Uhr

Vorsitz: Hannelore Brüning (CDU)

Stenographin: Simona Roeßgen

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Seite

2 Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2000 (Haushaltsgesetz 2000)

Gesetzentwurf der Landesregierung

Drucksache 12/4200

Vorlage 12/2830

Einführung in den Einzelplan 08

1

Einem Bericht des Ministers Peer Steinbrück schließt sich eine kurze Diskussion an.

*)
öffentlicher Teil mit TOP 1 s. APr 12/1344
vertraulicher Teil mit TOP 5 s. Vertr. APr 12/37

3 Neustrukturierung der Technologiezentren

Bericht der Landesregierung

2

Minister Peer Steinbrück berichtet; es folgt eine Diskussion.

4 Unrechtmäßige Abrechnung von EU-Fördergeldern für das Centro

Bericht der Landesregierung

5

An den Bericht des Ministers Peer Steinbrück schließt sich eine Diskussion an.

6 Vorstellung der Arbeit der Bio-Gen-Tec NRW

12

Der Ausschuß hört einen Diavortrag von Dr. Edgar Fritschi von der Bio-Gen-Tec NRW. Es folgt eine kurze Diskussion.

7 Bio- und Gentechnik im Dienst von Mensch und Umwelt verantwortlich fördern und nutzen

Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 12/3798

abschließende Beratung und Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen

Vorlagen 12/2827, 12/2837, 12/2838 und 12/2859

18

Der Ausschuß lehnt den Antrag mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der CDU ab.

Nächste Sitzung: 20. Oktober 1999

Aus der Diskussion

2 Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2000 (Haushaltsgesetz 2000)

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 12/4200

Vorlage 12/2830

Einführung in den Einzelplan 08

Mit Verweis auf vorliegende Berichte und Erläuterungen zu diesem Tagesordnungspunkt trägt **Peer Steinbrück (Minister für Wirtschaft und Mittelstand, Technologie und Verkehr)** vor, daß dieser Haushalt wie alle öffentlichen Haushalte auf der Ebene des Bundes, der Länder und der Kommunen konsolidiert werden müsse. Aufgrund der obwaltenden haushaltspolitischen Rahmenbedingungen komme man nicht umhin, Einschnitte vor allem in disponiblen Bereichen hinzunehmen. Das mache sich insbesondere bei Einzelplänen mit hohem Personalkostenanteil und gesetzlichen Verpflichtungen - wie bei Einzelplan 08 - bemerkbar.

Einzelplan 08 sinke um insgesamt 2,3 %. Die Ausgaben des Wirtschaftshaushalts gingen überproportional um 4,39 % zurück, die des Verkehrshaushalts dagegen um nur 1,3 %. Dabei blieben die hochinvestiven Regionalisierungsmittel und die Bundesfinanzhilfen nach dem GVFG auch weiterhin auf einem hohen Niveau.

Der Rückgang des Wirtschaftshaushalts um 107 Millionen DM verteile sich mit 26 Millionen DM auf den nicht disponiblen Bereich, also Gemeinschaftsaufgaben, Mittel aus europäischen Strukturfonds, Kohlehilfen und institutionelle Förderungen, und mit 81 Millionen DM auf den disponiblen Bereich, also auf das KMU-Kreditprogramm, das Beratungsprogramm und die Technologieförderung.

Im Haushaltsaufstellungsverfahren hätten drei Bereiche Priorität gehabt: erstens die Meistergründungsprämie, die nach einer Kosten-Nutzen-Analyse als erfolgreichstes beschäftigungsorientiertes Programm in Nordrhein-Westfalen in den letzten Jahren gelten könne, zweitens der Ausbau der Verbraucherberatung und drittens die berufliche Aus- und Weiterbildung.

Die Fördermaßnahmen im Bereich Aus- und Weiterbildung könnten trotz gesunkener Gesamtausgaben um 23 Millionen DM auf einem hohen Niveau fortgesetzt werden, weil zum einen Ausgabenreste vom 14 Millionen DM in das Jahr 2000 durchgeschoben werden könnten und weil zum anderen der finanzielle Bedarf für die Gemeinschaftsinitiative für mehr Ausbildung um 6,2 Millionen DM zurückgegangen sei.

Hervorheben wolle er, so der Minister, die getreu dem Muster der Existenzgründungs-offensive gestaltete Mittelstandsoffensive NRW, die nicht dem privaten Weihrauch der Landesregierung diene, wie Herr Diegel das vermute, der diese Offensive in einer Plenarsitzung unter anderem als PR-Kampagne der Regierung bezeichnet habe. Die im Dezember dieses Jahres einzuleitende Mittelstandsoffensive werde von einer breiten Phalanx, nämlich

den Kammern, Wirtschaftsverbänden, Gewerkschaften und der Arbeitsverwaltung, getragen und diene der Etablierung von regionalen Netzwerken, die bestehenden Unternehmen bei Problemen finanzieller Art, bei der Kommunikation mit der Verwaltung, in Umbruchphasen und bei der Nutzung neuer Technologien zur Seite stehen sollten. Nach seiner Vermutung, so der Minister, werde diese für das Jahr 2000 mit 5 Millionen DM Etatmitteln veranschlagte Offensive in drei Jahren einen ähnlichen Erfolg haben wie derzeit die Existenzgründungsoffensive.

Vorsitzende Hannelore Brüning merkt an, Herr Diegel habe im Plenum die Sichtweise der gesamten Fraktion dargestellt.

Christian Weisbrich (CDU) erkundigt sich, ob die Vermutung des Kollegen Diegel zutreffe, daß von den erwähnten 5 Millionen DM 3,15 Millionen DM für Öffentlichkeitsarbeit vorgesehen seien.

Wie schon bei der Existenzgründungsoffensive "GO!" umfaßten die für die Mittelstandsoffensive veranschlagten Mittel auch Ausgaben für Kommunikation und Verbreitung, gibt **Minister Peer Steinbrück** zur Antwort. Sie dienten jedoch nicht der Finanzierung der Öffentlichkeitsarbeit seitens der Landesregierung.

3 Neustrukturierung der Technologiezentren

Bericht der Landesregierung

Minister Peer Steinbrück zeigt sich unzufrieden über die bisher nicht erfolgte Umsetzung der Empfehlungen einer der Landesregierung im Dezember 1997 vorgelegten Evaluation über die Technologiezentren. Das Wirtschaftsministerium sei in diesem Zusammenhang jedoch nicht der alleinige Herrscher aller Reußen, weder Eigentümer noch Anteilseigner der Technologiezentren. Diese entzögen sich dem bereits vorliegenden Aktionsprogramm, durch das Rückschlüsse auf ein Ranking gezogen werden könnten, weil sie oft zu Recht befürchteten, das Label eines Technologiezentrums zu verlieren.

Staatssekretär Bickenbach habe den Technologiezentren im August dieses Jahres während einer der Sitzungen des von den Technologiezentren gebildeten Arbeitskreises vorgeschlagen, innerhalb der nächsten Wochen ihrerseits Vorschläge für eine eigene Leistungskontrolle zu machen. Man sei auf eine Zusammenarbeit mit den Gesellschaftern und den Geschäftsführungen der Technologiezentren angewiesen.

Es bestehe inzwischen kein Mangel mehr an Technologiezentren, fügt der Minister hinzu. Man müsse diese jetzt spezialisieren und überprüfen, ob die ursprünglichen konzeptionellen